



Kreisgruppe Berchtesgadener Land

Mitgliederzeitschrift 1/2019





Inhalt



Villa Schön - Baugenehmigung durch das Verwaltungsgericht aufgehoben	3-4
Daten, Fakten, Zahlen	5
Die Birkhühner am Jenner - überleben in Zeiten der Baustelle	6
Jahreshauptversammlung 2019	7
Der Wasserkraftwahn im Landkreis und die Wasserrahmenbedingungen (WRRL)	8-9
Saalach in Gefahr. Nonner Ramp	10-11
Haus- & Straßensammlung 2019	- 11
Wie viele denn noch?	12-13
Götschen im Wirrwarr der Interessen Klimaschutz, wirtschaftliche Interessen und	10.11
Leistungsdruck prallen aufeinander	
Wie die Politik die Landschaft zerstört	15-1 <i>(</i>
"Bahnland Bayern" Hehrer Anspruch und nüchterne Realität	18-20
Silvester-Knallerei	21-22
Auf den Boden g'schaut	23
Bayern ist bereit für die Geier	24-25
FFF - auch in Berchtesgaden	26-27
Sieger ist der Biber	28
Baumschutz	29
Steinzeitfunde am Königssee	30-31
Spendenkonto der Kreisgruppe	32

Impressum

Bund Naturschutz in Bayern e.V. Herausgeber:

Kreisgruppe Berchtesgadener Land

Redaktion: Rita Poser/Rosemarie Will

Geschäftsstelle: Poststraße 23

83435 Bad Reichenhall

Telefon: 08651/7620892

E-mail: Berchtesgadener-Land@

Bund-Naturschutz.de

Web: www.Berchtesgadener-land.

Bund-Naturschutz.de

Layout & Druck: www.druckhaus-bgd.de Fotos: BN-Archiv, Autoren

gedruckt auf Recycling-Papier

Redaktionsschluß: 20.10.2019

der Titelseite

Klimaschutz geht Alle an. Foto BN



Villa Schön – Baugenehmigung durch

das Verwaltungsgericht aufgehoben

Im letzten Heft des Bundspecht haben wir über die Pläne eines Bauträgers berichtet, auf dem parkartigen Grundstück der Villa Schön in Berchtesgaden vier Mehrfamilienhäuser zu errichten. Dazu sollte die vorhandene Villa abgerissen und ein Teil des alten Baumbestandes gefällt werden. Die damit verbundene artenschutzrechtliche Problematik haben wir im Bundspecht ausführlich dargestellt.

Nach den Vorstellungen des Marktes Berchtesgaden und des Bauwerbers sollte das Bauvorhaben ohne Bebauungsplan durchgezogen werden, also ohne die bei einem Bebauungsplan unumgängliche Beteiligung der Öffentlichkeit und ohne Gelegenheit für den Gemeinderat, seine Planungshoheit wahrzunehmen. Der Marktbürgermeister rechtfertigte dieses Vorgehen damit, dass das Baugrundstück innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile liege, im sogenannten Innenbereich. Infolgedessen habe der Bauwerber einen Rechtsanspruch auf die Bebauung. Der Gemeinderat handle rechtswidrig, wenn er sein Einvernehmen versage. Um dem Gemeinderat und der Öffentlichkeit zu suggerieren, die Beurteilung als Innenbereich sei über jeden Zweifel erhaben, wurden die juristisch maßgeblichen Kriterien teilweise unzutreffend dargestellt. Insbesondere wurde verbreitet, nach der Rechtsprechung handle es sich um Innenbereich, wenn der Abstand von der jeweiligen Außenmauer des vorhandenen Gebäudes zu Gebäuden in der Nachbarschaft unter 70 m bleibe. In Wirklichkeit war in der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichts

nie von diesem Metermaß die Rede. Zwar spielte eine Entfernung von ungefähr 70 m in einem Vergleichsfall eine Rolle, aber nicht als Abstand von einem vorhandenen Gebäude auf dem Baugrundstück, sondern als kompletter Durchmesser des ganzen Baugrundstücks. Damit war bei der Villa Schön die sogenannte 70-Meter-Grenze in Wirklichkeit auf drei Seiten um fast das Doppelte überschritten, auf einer Seite um weit mehr.

Wir haben das Landratsamt und die Regierung von Oberbayern auf das rechtlich fragwürdige Vorgehen hingewiesen. Dabei haben wir unsere Rechtsauffassung bekräftigt, dass das Grundstück der Villa Schön im Außenbereich liegt (sog. Außenbereich im Innenbereich). Denn es fehlt überall der für den Innenbereich charakteristische Zusammenhang mit der umliegenden Bebauung, vor allem weil

- die Entfernungen zu den Nachbargrundstücken zu groß sind,
- das Grundstück der Villa Schön mit höherem Geländeniveau die Nachbargrundstücke wie eine steil aufsteigende Insel überragt und
- die Bebauung der Nachbargrundstücke auf allen Seiten andersartig ist; daher nicht den Eindruck der Zusammengehörigkeit vermittelt.

Das Landratsamt und die Regierung sind auf keines dieser Argumente eingegangen, sondern haben ohne weitere Begründung auf Innenbereich beharrt. Dies war umso verwunderlicher, als diese Behörden - wie auch die Gemeinde - im Zusammenhang mit früheren Bauanträgen stets Außenbereich angenommen hatten. Als Bund



Naturschutz konnten wir diesen Sinneswandel nicht auf sich beruhen lassen. Wenn nämlich das Grundstück entsprechend unserer Auffassung zum Außenbereich zählt, darf eine Baugenehmigung nur für privilegierte Vorhaben (z. B. maßvolle Erweiterung eines Betriebs, landwirtschaftliches Austragshaus) erteilt werden und zudem nur dann, wenn eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung ergeben hat, dass keine geschützten Arten bedroht sind, wie etwa Brutvögel, Fledermäuse, Eidechsen. Im Innenbereich schützt das Gesetz diese nicht im gleichen Ausmaß. Wir mussten daher vor allem die nur oberflächliche artenschutzrechtliche Prüfung monieren. Als besonders empörend haben wir die Baumfällungen empfunden, die der Bauwerber noch vor Erteilung der Baugenehmigung ohne Rücksicht auf gefährdete Arten veranlasst hat. Dies hat auch in der Öffentlichkeit Empörung ausgelöst.

So standen wir vor der Alternative, entweder dieses Vorgehen hinzunehmen oder die zu erwartende Baugenehmigung vor dem Verwaltungsgericht anzufechten. Nun weiß jeder, dass damit vor allem erhebliche Anwaltskosten verbunden sind, von denen ein großer Teil auch bei Gewinn des Prozesses nicht erstattet wird. Dies liegt daran, dass hinreichend qualifizierte Anwaltskanzleien Honorare fordern können, welche die gesetzlichen Gebühren deutlich übersteigen. Der erfolgreichen Partei werden aber lediglich die gesetzlichen Gebühren erstattet. Um gleichwohl den Prozess führen zu können, haben wir in einem Zeitungsaufruf um Spenden gebeten. Die überraschend hohe Unterstützung, die wir dabei gefunden haben, hat uns bestätigt, dass auch viele Bürger das behördliche Vorgehen missbilligen. Wir danken an dieser Stelle nochmals aufrichtig und herzlich für all die großzügigen Spenden.

Nun das Wichtigste: Das Verwaltungsgericht München hat sich am 16. Juli 2019 durch Augenschein von den örtlichen Verhältnissen überzeugt. Gleich anschließend hat es im Alpenkongress Berchtesgaden öffentlich bei vollem Saal mit den Beteiligten verhandelt und am Ende die Baugenehmigung des Landratsamtes aufgehoben. Das Gericht hat dabei unsere Rechtsauffassung bestätigt: Das Grundstück der Villa Schön liegt im Außenbereich des Marktes Berchtesgaden. Die Urteilsbegründung ist in weiten Teilen identisch mit den Argumenten, die wir von Anfang an gegenüber den Behörden vertreten haben.

Die Lage im Außenbereich führt grundsätzlich zu anderen Beurteilungsmaßstäben. Sie hat zur Kon-

sequenz, dass eine Baugenehmigung für Neubauten von der Erfüllung weiterer Voraussetzungen abhängt, die sich unter anderem aus dem Bundesnaturschutzgesetz ergeben. Ob diese erfüllt sind, hat das Landratsamt im Genehmigungsverfahren nicht überprüft. Des Weiteren erkennt das Gericht auch bei der Prüfung des Artenschutzes erhebliche Defizite. So sei fraglich, ob die Ermittlungen zu Recht auf die Vogel- und Fledermausvorkommen beschränkt wurden. Außerdem stellt das Gericht fest, dass durch die schon durchgeführten Rodungsmaßnahmen artenschutzrechtliche Verbotstatbestände verletzt wurden. "Geschützte Fledermausquartiere wurden infolge der Rodung zerstört. Eine weitere Sachverhaltsaufklärung ist insoweit aufgrund der Schaffung vollendeter Tatsachen nicht mehr möglich" - so Rechtsanwältin Schilling von der Kanzlei Baumann Rechtsanwälte in Würzburg, die uns vertreten hat.

Ein Wermutstropfen für den Bund Naturschutz besteht darin, dass das Verwaltungsgericht ihm einen Teil der Kosten auferlegt hat. Ob die gesetzlichen Voraussetzungen dafür im vorliegenden Fall erfüllt sind, ist aus unserer Sicht mehr als zweifelhaft. Denn das Gericht hat eindeutig festgestellt, dass die Baugenehmigung rechtswidrig war. Die Rechtswidrigkeit beruht ausschließlich darauf, dass das Landratsamt zu Unrecht von einer Lage im Innenbereich ausgegangen ist und infolgedessen gar nicht geprüft hat, ob im Außenbereich die Voraussetzungen für eine Baugenehmigung vorliegen. Die Verantwortung dafür liegt nicht beim Bund Naturschutz, denn der hat stets auf die Lage im Außenbereich hingewiesen und seinen Rechtsstandpunkt ausführlich begründet. Daher ist nicht nachvollziehbar, worin der Grund für unsere Kostenbeteiligung liegen soll. Inzwischen haben Landratsamt, Landesanwaltschaft und Bauwerber am letzten Tag der Rechtsmittelfrist die Zulassung der Berufung beantragt. Der dafür zuständige Verwaltungsgerichtshof kann die Berufung allerdings nur in bestimmten Ausnahmefällen zulassen, etwa dann, wenn ernstliche Zweifel an der Richtigkeit des Urteils bestehen, wenn die Rechtssache grundsätzliche Bedeutung hat oder wenn dem Verwaltungsgericht ein Verfahrensfehler unterlaufen ist, auf dem die Entscheidung beruht. Falls der Verwaltungsgerichtshof keinen Zulassungsgrund erkennt, wird das Urteil rechtskräftig. Die Baugenehmigung ist dann endgültig tot. Das sorgfältig begründete Urteil des Verwaltungsgerichts gibt allen Anlass, zuversichtlich zu bleiben.

Dr. Hermann Amann



Amphibien in Bad Reichenhall ...

In diesem Jahr musste ein Spagat zustande gebracht werden: Einerseits lockten die warmen Temperaturen Ende Februar die ersten Molche aus den Überwinterungsplätzen zum Wasser, andererseits machte der Schnee an den Straßenrändern aber das Aufstellen eines Zaunes noch fast unmöglich. "Gemeinsam sind wir stark" hieß deshalb die Parole eines Teams aus Bund Naturschutz, Vogelschutzbund, GRÜNE und SPD und so konnte – nachdem der Schnee mühsam per Schaufel weggeräumt war – der Zaun gesetzt werden. Nach 5 Stunden harter Arbeit war das Werk vollbracht und der Zaun in der Fischzuchtstraße in Bad Reichenhall stand. Den ganzen März bis in den April hinein wurde sowohl morgens als auch abends von den Sammlern der Zaun abgesucht und die Eimer geleert. Viele interessierte Kinder beteiligten sich bei der Absuche und auch in diesem Jahr konnte eine stabile Population festgestellt werden, wie die Zahlen belegen:

Amphibienzählungen:	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Molche:	15	57	73	166	225	100
Kröten:	137	47	126	254	234	482
Grasfrösche:	251	330	214	299	303	367
Gesamt:	403	434	413	719	762	949

... und in Bayerisch Gmain

Ein neuer Übergang tat sich an der Weißbachstraße in Bayerisch Gmain auf. Margit Guder meldete sich am 29.03.2019 beim Bund Naturschutz und berichtete von vielen überfahrenen Tieren auf der Weißbachstraße am Abend vorher. Eine Verabredung für den gleichen Abend an der Weißbachböschung brachte alle zum Staunen: Mit Glockenschlag 19.00 Uhr hüpften die Frösche und Kröten auf die Straße. Schnell wurden noch ein paar Anwohner alarmiert und rund 2 Stunden eingesammelt. Nach ca. 150 Tieren wurde an diesem Tag aufgehört zu zählen. Rasch waren Amphibienfreunde gefunden, die sich ca. 14 Tage lang jeden Abend um diesem Bereich kümmerten und mit über 500 eingesammelten Tieren konnte die Wanderung dann ohne weitere Verluste abgeschlossen werden. Letztendlich konnte nicht geklärt werden, woher die Tiere kamen und wohin sie wollten, ist doch der nächste Teich ein paar

hundert Meter und eine Hauptstraße weit entfernt. Es bleibt abzuwarten, ob eine ähnliche Wanderung auch im nächsten Jahr vorkommt oder ob es sich um ein einmaliges Phänomen handelte.

Diese Tiere wurden wohlbehalten zum nächsten Weiher gebracht.



Die Birkhühner am Jenner - Therleben in Zeiten der Baustelle

Obwohl die alpine Tierwelt mit dem vergangenen Rekordwinter ohnehin vor großen Herausforderungen stand, kam besonders für die Birkhühner am Jenner noch erschwerend die Nachbarschaft zur Großbaustelle an der Jennerbahn-Bergstation hinzu. Die direkt über den traditionellen Gemeinschaftsbalzplatz hinweg errichtete Baustraße war zwar per gerichtlicher Auflage in der Balzzeit von Ende März bis Mitte Juni für den Baustellenverkehr gesperrt, aber die stattgefundenen massiven Geländeveränderungen zeigen dennoch deutliche Auswirkungen. Wo vor Beginn der Bauarbeiten vor zwei Jahren noch bis zu sieben Birkhähne am Kleinen Jenner ihr Balzverhalten zeigten, beobachtet von Hennen in den nahen Lärchenbeständen, waren heuer meist nur noch drei Hähne gurrend und flatternd mit der Balz beschäftigt. Die noch empfindlicheren Hennen sind mittlerweile komplett in die weitere Umgebung vertrieben und auch die meisten Hähne verteilen sich nun abgedrängt auf weniger gestörte Plätze in der Nähe des Mitterkaserjochs.

Unter anderem aus dem Allgäu ist bekannt, dass Birkhennen bei fortgesetzter Vergrämung, im Gegensatz zu den etwas toleranteren Hähnen, traditionelle Gemeinschaftsbalzplätze nicht mehr aufsuchen. Wenn Hähne daraufhin zur Einzelbalz in der Nähe der neuen Aufenthaltsorte der Hennen übergehen, so setzen sie sich einem deutlich erhöhten Prädationsrisiko aus. Mehrere zur Gemeinschaftsbalz versammelte Hähne erkennen Feinde wie den Steinadler meist deutlich früher und haben daher weit größere Chancen einem Angriff zu entkommen als einzeln im Gelände verstreute Vögel.

Verschärft werden solche für den Bestand bedrohlichen Situationen, wenn auch noch eine Kollisionsgefahr durch Seilbahnkabel hinzukommt. An diesen menschlichen Hindernissen, die etwa bei Nebel von Raufußhühner, aber auch von Greifvögeln kaum wahrgenommen werden können, dürfte im Alpenraum eine große Menge Vögel umkom-

men – die Dunkelziffer ist hierbei wohl enorm. Im Zweifelsfall findet der Fuchs ein totes Birkhuhn unter einem Drahtseil deutlich effektiver als jeder menschliche Nachsucher.

Durch die ohnehin fordernden Lebensbedingungen der Birkhühner an der Waldgrenze ist eine weitgehende Vermeidung von menschlichen Störungen für den Fortbestand der lokalen Population also unabdingbar. Da in Bayern der Lebensraum der Birkhühner heute vermehrt einer touristischen Erschließung und Freizeitnutzung ausgesetzt ist, hat der Habitatschutz eine entscheidende Rolle bei der Sicherung dieser Raufußhühner. Zur Erhaltung des Birkhuhnvorkommens am Jenner erscheint es unerlässlich, den zentralen Balzplatz mitsamt störungsfreiem Umfeld wieder in früherer Qualität zu renaturieren. Da von den Birkhühnern auch im weiteren Umfeld kein vergleichbarer Gemeinschaftsbalzplatz genutzt wird/wurde, kommt dem Standort am Kleinen Jenner zweifellos eine besondere Schlüsselfunktion bzw. Schutzwürdigkeit zu. Dem Zerfallen der Balzstruktur, welches in der Regel zu einer geringeren Reproduktion und zu mittelfristig abnehmendem Bestand führt, könnte durch Rückbau der störenden Veränderungen entgegengewirkt werden.



Foto: Christoph Ruisz





Kreisgruppe Berchtesgadener Land

EINLADUNG

zur

Jahreshauptversammlung

am Mittwoch, den 11. Dezember 2019 um 19.00 Uhr Bürgerbräu, Bad Reichenhall, Am Rathausplatz

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung durch die 1. Vorsitzende
- 2. Tätigkeitsberichte
 - 2.1 Kreisgruppe mit Ausspache
 - 2.2 Ortsgruppe mit Aussprache
- 3. Bericht des Schatzmeisters und des Kassenprüfers mit Entlastung
- 4. Besprechung und Beschluss Haushaltsplan 2020
- 5. Wünsche und Anträge

Bad Reichenhall, den 23.10.2019

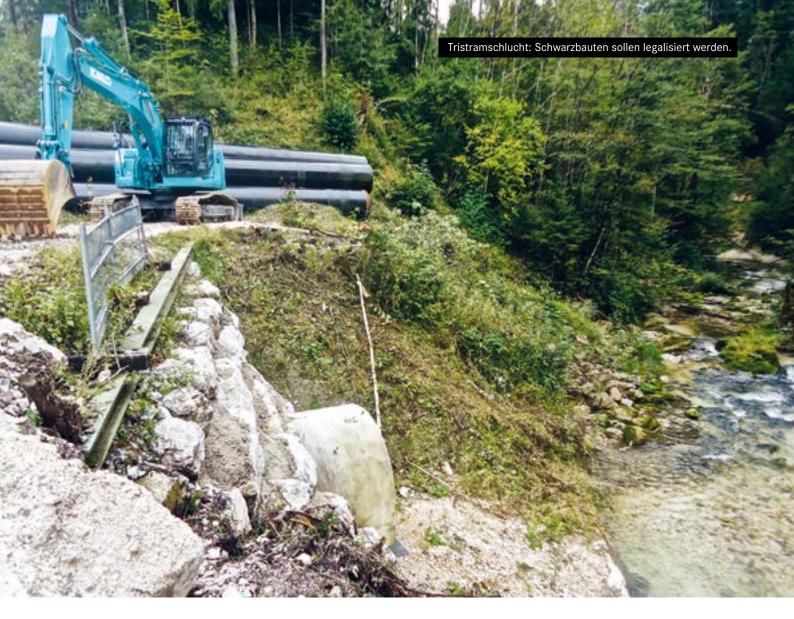
Rita Poser, Kreisvorsitzende Ute Billmeier, Ortsvorsitzende



Schon 2009 haben sich die Verbände BUND Naturschutz, Landesbund für Vogelschutz, Landesfischereiverein, Bayerischer Kanuverband und der Verein zum Schutz der Bergwelt klar gegen den weiteren Ausbau der Wasserkraft in Bayern positioniert. Grund war der Masterplan von E.ON, BEW und RMD, die letzten noch frei fließenden Gewässerabschnitte mit neuen Anlagen zu verbauen. Das hat wenig mit dem versprochenen Klimaschutz zu tun, weil andere Schutzgüter wie der Biotopschutz der Gewässer und die Erfordernisse für die Geschiebedynamik genauso hochrangig sind. Effizienzsteigerungen an bestehenden Wasserkraftanlagen sind möglich und es muss vor allem die Durchgängigkeit für Fische flussaufwärts und- abwärts hergestellt werden aber auch für das Flussgeschiebe. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Flüsse sich eintiefen und im Hochwasserfall die Flusssohle durchbrochen wird, mit katastrophalen Folgen.

Aktuell stehen die Dauerbrenner Tristramschlucht in Bischofswiesen und das Felsentor sowie der Zauberwald in der Ramsau wieder auf der Tagesordnung. Wir haben in den vergangenen Jahren schon wiederholt berichtet, auch das Verwaltungsgericht München hat sich schon mit den Vorhaben beschäftigen müssen und beide sind durchgefallen. Beim neuen Projekt Zauberwald haben wir auch erhebliche Zweifel, ob das Vorhaben einer gerichtlichen Prüfung standhalten würde. Aber angesichts der Fördergelder über die Stromeinspeisung, die es nach wie vor für die Wasserkraft gibt, über die aber von der Politik nicht gesprochen wird, hält man an diesen Plänen verbissen fest. Schließlich hat sich Landrat Grabner erst kürzlich auch für neue Kleinwasserkraftwerke ausgesprochen und gegen die Staatsregierung.

Zwar wird Felsentor/ Ramsau jetzt auf eine Ausleitungsstrecke verzichtet, aber dafür soll über dem Stauwehr ein Kran mit Hydraulikgreifarmen und autonomer Stromversorgung fest installiert werden, um das Treibgut aus dem Fluss zu fördern. Zum Geschiebe fehlen die Details. Die Durchgängigkeit soll hergestellt werden, aber da in dem Bereich die Ache besonders schmal ist, lässt die Planung viele Fragen offen, auch bei der Schneeräumung im Winter. Und genau im Winter - wenig Solarenergie - liefert auch das Wka wegen



des geringen Wasserdargebotes kaum Strom und von Grundlastfähigkeit kann nicht die Rede sein. In der Tristramschlucht sollen in dem jetzigen Verfahren auch die bisherigen "Schwarzbauten" genehmigt werden. Merkwürdigerweise hatte das Wasserwirtschaftsamt in diesem Bereich auf sein Vorkaufsrecht verzichtet und einem Privatbesitzer den Kauf des Flussabschnittes von der Deutschen Bahn ermöglicht. Auch die BaySF trugen ihr Schärflein dazu bei, und gaben Uferflächen zu einem sehr günstigen Preis ab, obwohl diese ja für ein Gewerbe genutzt werden sollen. Die erzeugte Jahresstrommenge liegt hier noch deutlich niedriger als beim Felsentor.

Die Planungen im Zauberwald sind so naturzerstörerisch, dass wir bei einer Ortsbegehung den Planungen eine glatte Absage erteilen mussten. Schon 2006 wurde abweichend vom Genehmigungsbescheid gebaut. Künftig sollen statt der genehmigten 450 Liter / Sekunde mehr als die dreifache Menge – 2000 Liter / Sekunde – ausgeleitet werden. Auch hier muss das Wasser aufgestaut werden, was immer auch zu einer Temperaturerhöhung des Wassers führt und in Extrem-

fällen den Sauerstoffgehalt deutlich absenkt. Der Beitrag zur Stromerzeugung aus Wasserkraft in Bayern liegt für die drei Kraftwerke bei ca. 0,005% und es stellt sich die Frage, ob dafür landschaftlich und ökologisch wertvolle Flächen zerstört werden dürfen, wo es noch ein großes Potential für Photovoltaik auf bestehenden Dachflächen gibt.

Rita Poser



Fotomontage: Kran mit Hydraulikgreifarmen soll künftig das Felsentor zieren



Die Saalach gehört ab Bad Reichenhall zu den am stärksten veränderten Fließgewässern Bayerns. Oberhalb, im Grenzbereich zwischen Unken und Schneitzlreuth, ist sie noch in einem natürlichen Zustand. Nachdem bereits an der Nonner Rampe ein Kraftwerk geplant wird, ist man nun dabei auch noch den letzten natürlichen Gewässerabschnitt zu zerstören. Geplant ist ein Ausleitungskraftwerk zwischen Unken und Schneitzlreuth zu errichten. Geht es nach den Wünschen privater Investoren, dann soll die Saalach durch den Bau eines grenzüberschreitenden Kraftwerks in Unken erneut gebändigt und ein Großteil ihres Wassers (44cbm/s) in eine über sechs Kilometer lange Betonröhre bis nach Schneizlreuth gezwungen werden. In der 7 km langen Restwasserstrecke würden über die meiste Zeit des Jahres nur cirka 6,3 cbm/s übrig bleiben. Dadurch würde der landschaftsprägende Wildflusscharakter im Saalachtal vernichtet. Auch der aquatische Lebensraum würde stark verschlechtert. Artenschutzprogramme für die stark bedrohte Äsche würden sich beiderseits der Grenze erübrigen. Der vom Wassersport geprägte Tourismus entlang der Saalach müsste mit herben Einbußen rechnen. Zusätzlich werden auch durch den andauernden Niedrigwasserstand Beeinträchtigungen bei der Trinkwasserversorgung der Gemeinde Schneizlreuth und bei den privaten Hausbrunnen im Saalachtal befürchtet.

Daher reißt der Widerstand gegen dieses landschaftszerstörende Wasserkraftprojekt nicht

ab, sondern wird von Jahr zu Jahr stärker. Heuer haben sich 300 Kanuten zum schwimmenden Protest in Unken versammelt und gemeinsam die Saalach befahren. Organisiert wurde die Demo vom Alpinen Kajak Club (AKC) in Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative "Wasser ist Leben - Rettet die Saalach". Unterstütz wurden sie dabei vom BN, der Saalach-Allianz, Fischern und vielen betroffenen Anliegern. Derzeit läuft für dieses landschaftszerstörende Projekt das Anhörungsverfahren. Der BN, alle anerkannten Umweltverbände und viele Privatpersonen werden die Möglichkeit zu einer entsprechenden Stellungnahme nützen, um den letzten natürlichen Gewässerabschnitt der Saalach zu erhalten.

Wasserkraftwerk Nonner Rampe in Bad Reichenhall

Für dieses Projekt ist die Einspruchsfrist bereits zu Ende. Der BN und viele weitere Verbände und Privatleute haben sich dazu geäußert und ihre Stellungnahme beim Landratsamt eingereicht. Darin konnten eine Reihe von Behauptungen der Betreiber widerlegt werden. So sind die Einwender überzeugt, dass das Wasserkraftwerk gegen die Ziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie verstößt. Der in den Unterlagen angegebene Wirkungsgrad kann nicht erreicht werden. Daher kann es sich nur um ein experimentelles Kleinkraftwerk handeln. Das Kraftwerk ist nicht Geschiebedurchgängig und verbessert auch nicht die Durchwanderbarkeit der Rampe für Fische, son-





Unken: Protestfahrt bei cirka 30 cbm/s Wasser. Bei 6 cbm/s Wasser sind Bootsfahrten nicht mehr möglich und die Saalach verkommt zum Rinnsal.

dern verschlechtert die Situation wesentlich. Laichplätze im Staubereich des Kraftwerkes würden durch Ablagerungen von Feinsedimenten vernichtet. Auch der Naherholungswert im Bereich der Nonner Rampe wird entwertet. Die Naturschützer sind gespannt, wie die Anlage von den Behörden beurteilt wird und halten sich weitere Maßnahmen gegen das Kraftwerksprojekt offen.

Erich Prechtl

Haus- & Straßensammlung 2019

Zu einer erfolgreichen Haus- und Straßensammlung gehören engagierte Lehrerinnen und Lehrer und vor allem hochmotivierte Kinder, die als Naturbotschafter unterwegs sind, um mit dem gesammelten Geld einen wichtigen Beitrag zum Artenschutz zu leisten. Den Kindern ist sehr wohl klar, dass immer mehr Tier- und Pflanzenarten gerade in unserer dicht besiedelten heimischen Landschaft vom Aussterben bedroht sind und daher wollen sie ihren Beitrag für eine bessere Mitwelt leisten. Sie wissen, dass mit den Spenden zum Beispiel Biotope gepflegt, schutzwürdige Grundstücke angekauft und Umweltbildungsangebote für Kinder und Jugendlich unterstützt werden.



Über eine Wanderung "Auf den Spuren des Bibers am Thumsee" konnten sich die Klasse der Heilingbrunner Grundschule freuen.

Der BUND Naturschutz hat sich sehr über die große Teilnahme vieler Klassen an der Spendenwoche gefreut. Die Grundschulen Bayerisch Gmain und Heilingbrunner Straße in Bad Reichenhall waren mit den 4. Klassen wieder mit von der Partie und das Reichenhaller Karlsgymnasium mit den 5. und 6. Klassen hat auch wieder tolle Sammelergebnisse erzielt. Neu hinzugekommen sind Schüler und Schülerinnen der St. Zeno Mittelschule Bad Reichenhall. Nach einer Woche fleißigen Sammelns wurden dem BUND Naturschutz insgesamt 4.087,93 € übergeben.

Auch an dieser Stelle bedanken wir uns bei allen beteiligten Naturbotschaftern für diese großartige Unterstützung.

Ute Billmeier



Wie viele denn noch...?

Die Ehrenamtlichen vom Bund Naturschutz der Kreisgruppe Berchtesgadener Land und der Ortsgruppe Bad Reichenhall sind im Stress. Befassen sie sich doch zur Zeit mit 5 geplanten Wasserkraftwerken: Im Zauberwald am Hintersee, am Felsentor in der Ramsau, in der Tristramschlucht in Bischofswiesen, an der Nonner Rampe in Bad Reichenhall und mit dem Ausleitungskraftwerk in Unken/Schneizlreuth. Zu diesen 5 umstrittenen Wasserkraftanlagen müssen innerhalb weniger Wochen Stellungnahmen geschrieben werden, will man sie verhindern oder zumindest die Rahmenbedingungen verbessern. Dieses bedeutet für die Ehrenamtlichen mehrere tausend Seiten lesen, sich in Pläne einarbeiten und viel Zeit mit Stellungnahmen aufwenden.

Manch einer mag sich jetzt verwirrt fragen "Steht da im Koalitionsvertrag nicht was ganz anderes?" Ja, richtig - es steht dort: Die Wasserkraft in Bayern ist gut ausgebaut. Hier sehen wir Potential bei der Nachrüstung und Modernisierung bestehender Kraftwerke, um mehr

Leistung ohne neue Eingriffe in die Natur zu erhalten. Leider wird diese Aussage bei den Planern ignoriert und auch im Landratsamt, der Genehmigungsbehörde für die Wasserkraftanlagen, ist diese Aussage wohl gänzlich unbekannt. Dieses "ohne neue Eingriffe in die Natur" muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, wenn wir uns nur 2 der geplanten Wasserkraftanlagen herauspicken. Die geplante Wasserkraftanlage Nonner Rampe zerstört das Landschaftsbild ganz gravierend und der Eingriff in Fauna und Flora verstößt sowohl gegen das BundesNatSchG und das BayerischeNatSchG als auch gegen die damit verbundenen Anforderungen an Biotope vielfach.

Die Bayerischen Landeskraftwerke GmbH planen dort ein Pilotvorhaben, das heißt eine Großversuchsanlage, was eine mit hoher Wahrscheinlichkeit verfahrens-, konstruktions- und betriebstechnisch stets nachzubessernde Modellanlage im technischen Maßstab bedeutet. Damit einhergehend birgt ein solches Vorhaben vor allem wirtschaftliche und technische Risiken

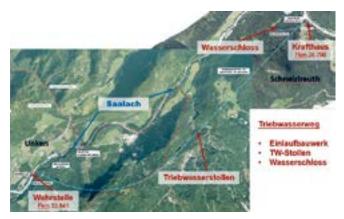
Diese wunderbare Aussicht an der Nonner Rampe soll mit einem Industriebauwerk verstellt werden.





bis hin zum nicht auszuschließenden Scheitern, was einerseits bei einer Versuchsanlage nicht ungewöhnlich ist, anderseits für den bis dahin ungestörten Haushalt der Natur und damit für die Ökologie verheerende Auswirkungen haben kann. Hinzu kommt, dass nach Recherchen des BN bei dem beabsichtigten Wasserkraftwerk Nonner Rampe nicht von den behaupteten 1080 kW sondern allenfalls von 650 kW Leistung ausgegangen werden kann und die Anlage damit nur als Kleinkraftwerk einzustufen ist.

Bei der geplanten Wasserkraftanlage Unken/ Schneizlreuth wird es noch bizarrer. In Unken sollen aus der Saalach ca. 5/6 des Wassers entnommen, durch einen noch zu bohrenden 6,32 km langen Tunnel geleitet und in Schneizlreuth über ein Krafthaus mit 2 Turbinen wieder zurück in die Saalach gebracht werden. Das wäre ein gigantischer Eingriff in die Natur bzw. in die Saalach. Mit einem verbleibenden Restwasser von einem Sechstel der Gesamtwassermenge verwandelt sich die Saalach von einem fröhlichen Gebirgsfluss in ein dümpelndes Rinnsal. Der Ausleitungstunnel wird durch eine nur im Tag- und Nachbetrieb profitabel arbeitenden Tunnelbohrmaschine ausgeführt. Die Bauzeit der gesamten Anlage soll 2 1/2 Jahre



So stellen sich die Planer des Wasserkraftwerk Unken Schneizlreuth vor, (Bild stammt von der Internetseite Wasserkraft Schneizlreuth)

betragen und in dieser Zeit werden zu dem vorhandenen Verkehr mindestens 60.000 zusätzliche Verkehrsbewegungen von Baustellenfahrzeugen stattfinden.

Holen wir uns doch noch einmal den Koalitionsvertrag ins Gedächtnis: **ohne neue Eingriffe in die Natur** – irgendetwas scheint hier gehörig schief zu laufen!

Ute Billmeier

Götschen im Wirrwar Klimaschutz, der Interessen und wirtschaftliche Interessen und



Leistungsdruck prallen aufeinander. Die Lösung: Ausbau auf Kosten der Steuerzahler!

Ausschwemmungen zeigen: kein wasserdurchlässiges Material, sondern Letten, obwohl der Genehmigungsbescheid wasserdurchlässiges Material forderte



Unentwegter Angriff auf unsere Natur am Götschen. Und das in Zeiten des Klimawandels. Unsere Jugend organisiert sich mit ihrer Bewegung "Fridays for Future" und geht auf die Straßen um auf die Ursachen, auf die Folgen und auf ihre Befürchtungen hinsichtlich des Klimawandels aufmerksam zu machen und uns, eigentlich ihre Vorbilder, zum Umdenken aufzufordern. Doch die die Macht in Händen haltenden alten "Scheuklappen-Politiker" sind noch immer blind fokussiert auf die Vorgaben der auf Wachstum gepolten Sportindustrie und den mit dieser Industrie stark verwobenen Verbänden mit ihren Funktionären und deren Gefolgsleuten. Den Kindern und Jugendlichen wird der Spaß am Sport geraubt - Spaß wird transformiert in Leistungsdruck. Es zählt nur noch der Erfolg und der will hart erarbeitet werden - sehr viele Kinder und Jugendliche arbeiten hart daran - nur ganz wenige aber lernen die vermeintlichen Vorzüge des Erfolgs so richtig kennen. Die Regel aber eher: Druck, Überforderung, Resignation, Scheitern, noch mehr Druck, noch stärkere Überforderung, Resignation die in Verzweiflung mündet und schließlich: Endgültiges Scheitern.

Vielleicht zum Preis verlorener Glücksmomente und von Zufriedenheit in jungen Lebensjahren. Erklärtes Ziel aber ist ein hoher Medaillenspiegel. Den zu erreichen wird alles untergeordnet, Berge und Landschaften werden umgebaut, modelliert klingt nicht ganz so häßlich, große Wasserbecken (Beschneiungsteiche) werden auf die Berge gesetzt, Wasser den Wildbächen entzogen und in den mit dicker Plastikfolie abgedichteten Becken gesammelt, bis im Winter zuerst der stromhungrige Kühlturm dafür sorgt, dass die Umwandlung des Wassertropfens in ein maschinell erzeugtes Gebilde (Kunstschneekristall) funktioniert, nach-

dem eine energieschluckende Pumpe den Tropfen durch eine Klimawaffe (Schneekanone) in die Luft schießt in der Hoffnung, dass dieser gerade eben so aufwändig erzeugte Maschinenkristall nicht vom Winde verweht wird und abseits von der Piste, die unter sich ein Kilometer langes Geflecht von Wasser- und Stromleitungen zu verbergen sucht, landet. Breitere Pisten, dort steiler, dort flacher, die Natur hat vieles falsch gemacht, der Bagger muss her, der muss es richten. Material, woher das Material? Oje, vorgeschrieben ist, es muss wasserdurchlässig sein - woher nehmen und dabei noch zusätzlich gut verdienen? Geklappt, enthält aber viel Letten - wird untergraben. Große Gefahr von Baukontrolleuren erwischt zu werden besteht nicht. Zwar sind wir wieder bei 1,5 Baukontrolleuren im Landkreis, nachdem es von ursprünglich 3 Kontrolleuren auf gar einen 3/4-Kontrolleur zurück ging. Der Bürgermeister reist gerne nach Berlin und macht Lobbyarbeit. Die Zuschüsse für das bevorstehende ganz Große müssen kommen. Der Schwarzecker Bach hat viel zu viel Wasser, das sinnlos den Berg runter läuft, das kommt in das 4-fach größere Becken (Beschneiungsteich). Die Kühlanlage wird vergrößert, die Pumpen neu gemacht und neue und viel längere Leitungen werden in tiefen Gräben verlegt, damit unsere Klimawaffen noch mehr Maschinenkristalle auf die Pisten bringen können, auch die Saison muss verlängert werden, mehr Liftkarten verkauft. Gut, dass es den Steuerzahler gibt und die Politiker, die das ermöglichen.

Am Freitag gehen die Kinder und Jugendlichen von "Fridays for Future" wieder auf die Straßen.

Rita Poser, BN-Kreisvorsitzende



Wie Politik die Landschaft zerstört

Als Beitrag zur Energiewende im Landkreis BGL, wurde im Jahr 2013 das "Integrierte Klimaschutzkonzept" durch den Kreistag beschlossen. Zentrale Zielvorgabe: Energie soll künftig zu bezahlbaren Preisen, die Ressourcen schonend, weitestgehend aus regionalen Quellen, umweltverträglich und im Einklang mit dem Klimaschutz bereitgestellt werden. Ein Klimaschutzmanager wurde eingestellt, die Energieagentur Südostbayern mit Fachberatern gegründet.

Zur weiteren Umsetzung wurden in den Landkreiskommunen Energienutzungspläne aufgestellt. Diese sollen jeweils als Leitfaden und Werkzeug zur Umsetzung von Energiesparmaßnahmen und zum Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung vor Ort dienen, sowie die sogenannten Leitprojekte des Klimaschutzkonzeptes verwirklichen helfen. Grundsätzlich gut und begrüßenswert.

In der Gemeinde Bischofswiesen wurde der Schwerpunkt auf die Analyse einer Wärmeverbundlösung im Ortsteil Winkl gelegt und schließlich als "Leuchtturmprojekt" (Bürgermeister Thomas Weber) definiert. In diesem Zusammenhang soll ein von Hackschnitzeln aus "Landschaftspflegeholz der Region" (Arnold Fellinger, Bioenergie BGL GmbH) bestücktes Heizkraftwerk mit einer Leistung von 800 kW zur Versorgung des zentralen Siedlungsbereichs von Winkl errichtet werden, nicht jedoch des nördlichen Siedlungsbereichs und nicht des Gewerbe-



bereichs um den "Panorama Park" und den "Aldi", beides nicht, wegen fehlender Wirtschaftlichkeit. Die bei solchen Anlagen ökologisch grundsätzlich sinnvolle Kraft-Wärme-Kopplung (Verbund von Wärme- und Stromerzeugung) ist gemäß den Planungen ebenfalls aus wirtschaftlichen Gründen nicht vorgesehen. In diesem Beitrag soll es nicht über Vor- und Nachteile von aus Holz bestückten Heizkraftwerken gehen, nicht um die Frage der wirklichen Herkunft des Holzes, nicht um die negativen Auswirkungen auf Boden und Wald, wenn unseren Wäldern das so notwendige Todholz und das beim Projekt Winkl begrifflich grün dargestellte "Landschaftspflegeholz", permanent zur Verfeuerung entzogen wird. Auch nicht um den ökologischen Unsinn von Heizkraftwerken, die ohne Kraft-Wärme-Kopplung errichtet werden sollen. Die Verfasserin dieses Artikels möchte Ihnen vielmehr vermitteln, wie aus ihrer Sicht, unter dem Deckmantel von öffentlichem Interesse und Klimaschutz, Lokalpolitik für privatwirtschaftliche Interessen betrieben wird. Der Widerspruch "öffentliches Interesse" (Klimaschutz) und wirtschaftliches Interesse (nicht der nördliche Bereich und nicht der gewerbliche Bereich und keine Kraft-Wärme-Kopplung aus wirtschaftlichen Gründen) hat sich bereits oben herauskristallisiert, wenn man unterstellt, was sehr wahrscheinlich ist, dass der künftige Betreiber des geplanten Heizkraftwerks aus der privaten Wirtschaft kommt, zumal die bisherigen Berechnungen und Planungen ohnehin durch ein Unternehmen aus der privaten Wirtschaft erstellt wurden, oder anders ausgedrückt, für sich selbst so hingeplant und hingerechnet hat. Das mag für den einen oder anderen Leser des Artikels durchaus schon bedenklich klingen, eine Steigerung ist jedoch immer möglich, wie das Nachfolgende aufzeigt.

Auf der Gemeinderatssitzung am 20.11.2018 wurde vorgetragen, dass für das vorgesehene Heizkraftwerk sechs Standorte untersucht worden sind. Beispielsweise der ehemalige Fußballplatz inmitten der Siedlung Winkl, oder Standorte, die wegen Windrichtung und nahe gelegener Wohnbebauung von vornherein ausscheiden oder für die ohnehin keine Fläche zur Verfügung steht. Der Standort auf dem gemeindeeigenen Grund im Gewerbegebiet Pfaffenfeld II "scheidet aus wirtschaftlichen und technischen Gründen aus", wie die Verwaltung den Mitgliedern des Gemeinderats vortrug. So schlug man schließlich als "einzig möglichen" Standort die Kiesgrube nordöstlich vom Steinbruch Grainswiesen vor.

Aber: Dieser Standort liegt im Landschaftsschutzgebiet "Untersberg mit Randgebieten" und in einem FFH-Gebiet.

Vortrag der Gemeindeverwaltung: Zitat: "Da eine Befreiung für das Vorhaben von der Landschaftsschutzgebietsverordnung voraussichtlich nicht erteilt werden kann, kommt, um das Vorhaben auf diesem Standort verwirklichen zu können, nur eine Änderung der Gebietsgrenzen des Landschaftsschutzgebietes in Betracht. Von Seiten des Landratsamtes wurde der Gemeinde empfohlen, einen Antrag auf Herausnahme der entsprechenden Fläche beim Landkreis (Kreistagsbeschluss) zu stellen. Antragsberechtigt sind nur der Landrat und die Mitglieder des Kreistags, somit müsste der Bürgermeister den Antrag stellen.

In unmittelbarer Nachbarschaft zum geplanten Heizkraftwerk wurde ein Antrag auf die Errichtung einer Grüngutkompostieranlage gestellt. Der Bauausschuss der Gemeinde Bischofswiesen hat dem Antrag bereits am 03.03.2018 das Einvernehmen erteilt. Da sich auch dieses Vorhaben im Landschaftsschutzgebiet befindet und daher nur eine befristete Genehmigung möglich ist, sollte auch diese Fläche in den Antrag zur Änderung des Landschaftsschutzgebietes einbezogen werden." Zitat Ende.

Über den Energienutzungsplan zum erweiterten Kiesabbau?

Der Bund Naturschutz lehnt dieses Vorgehen strikt ab. Für uns ist die zwingend erforderliche Prüfung eines Alternativstandortes völlig ungenügend durchgeführt und begründet worden. Der einzig geeignete Standort wäre aus unserer Sicht ein gemeindeeigenes Grundstück im Gewerbegebiet Pfaffenfeld II. Das öffentliche Interesse (Landschaftsschutzgebiet, FFH-Gebiet) steht rechtich weit über wirtschaftlichen Gründen, die zudem nicht nachvollziehbar begründet wurden. Technische Hinderungsgründe, die ebenfalls nicht näher erläutert wurden, verlaufen ins Leere, wenn man bedenkt, welche Herausforderungen das Heizkraftwerk beim Friedhof in Schönau a. Königssee bewältigt hat.

Der geplante Standort liegt in einem Gebiet, das im Regionalplan als "Landschaftliches Vorbehaltsgebiet" ausgewiesen ist. Dort soll den Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege ein besonderes Gewicht zukommen .Warum diese Rechtsnorm, die von allen öffentlichen Planungs-



trägern bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten ist, bislang mit Nichtbeachtung gestraft wird, erschließt sich nicht. Und weiter: Auf dem geplanten Standort wurden umfangreiche Ausgleichsmaßnahmen vergangener naturschutztangierender Maßnahmen festgelegt. Aus zwingend einzuhaltenden Ausgleichsmaßnahmen (Erweiterung Steinbruch Heitauer 2004/2005) entstünde mit Errichtung der Heizkraftanlage eine Ausgleichsfarce, da der Ausgleich nicht mehr geschaffen werden könnte. Dies zum Vorteil des Betreibers und CSU-Fraktionsvorsitzenden in Bischofswiesen (wegen persönlicher Beteiligung nahm er an der Beratung und Abstimmung nicht teil). Wenn es auf politischem Weg gelingt, das Landschaftsschutzgebiet für das Heizkraftwerk und die Grüngutkompostieranlage über den Beschluss des Kreistages zu reduzieren, wäre nach Ansicht des Verfassers der Weg frei zu weiteren Begehrlichkeiten, um das Landschafts-

schutzgebiet in unmittelbarer Nähe nochmals zu reduzieren, denn ein rechtlich durchsetzbarer Präzedenzfall wäre geschaffen, zum Vorteil des Steinbruchbetreibers und CSU-Fraktionsvorsitzenden von Bischofswiesen. Er hat schon vorgearbeitet: In den aktuellen Planungsunterlagen zur Überarbeitung und Änderung des Flächennutzungsplans im Gemeindegebiet ist nach seiner mündlichen Antragstellung durch ihn selbst, die umfangreiche Erweiterung der Steinbrüche Heitauer/Moderegger abgebildet. Die Abbauflächen würden sich in steiler Hanglage, gegenüber dem aktuellen Zustand um mehr als verdoppeln. Das weithin einsehbare Landschaftsbild von Bischofswiesen wäre nicht nur beeinträchtigt, sondern auf Dauer zerstört so wie die Politik die Landschaft zerstört.

Rita Poser, BN-Kreisvorsitzende





"Bahnland Bayern"

Hehrer Anspruch und nüchterne Realität

- Als Unternehmen ist die Bahn inzwischen kaum noch überschaubar, auch weil sich einzelne Unternehmensbereiche immer mehr verselbständigen, ohne einander zu unterstützen.
- Als Synonym für Personenbeförderung muss sie ganz dringend wieder den ihr einstmals von der Gesellschaft zugedachten Stellenwert erhalten, ansonsten ist eine dringend erforderliche Verkehrswende gar nicht machbar.
- Als System wurde sie vor 25 Jahren privatisiert, um die enorme Schuldenlast abzubauen, und um das Unternehmen zu kapitalisieren. Der Börsengang ist abgesagt, der Schuldenstand beläuft sich aktuell auf rund 25 Mrd Euro. Man ist mit diesen Zielen wirklich und eindeutig gescheitert.

Konkrete Ausgangslage im regionalen Bereich: Die Bahnstrecke zwischen Freilassing und Berchtesgaden besteht seit 1888 und wurde 1910 als zweite Strecke in Bayern elektrifiziert. Noch vor wenigen Jahren wurde offen darüber nachgedacht, ob so etwas überhaupt noch notwendig ist, ob man das privatisieren oder gleich stilllegen sollte. Der Zustand der Bahnstrecke und der Haltestellen/ Bahnhöfe war ein Indiz, dass solche Überlegungen von allen Seiten regen Zuspruch fanden.

Inzwischen sind diese Untergangsphantasien nicht mehr so vordergründig, es wird allenthalben an der Strecke und den Haltestellen gearbeitet. Leider offenbart sich das für den Nutzer als "Flickschusterei"! Statt konzentriert mit massivem Personaleinsatz alle Baustellen der Strecke zu bearbeiten, wird in kleinen Abschnitten - nach und nach - abgearbeitet. Das bedingt einen immer wiederkehrenden Schienenersatzverkehr, der teilweise schlecht kommuniziert wird. So werden potentielle Fahrgäste nur abgeschreckt. Ist es für die DB-AG wirklich nicht möglich solche Maßnahmen vorausschauend zu planen, ist diese Aufgabe zu schwer für das Management?

Durch die Ausschreibungen gibt es jetzt auch Anbieter die mit neuem Material auf der Strecke fahren. Unsere "Berchtesgadener-Land-Bahn" hat auch immer wieder sehr gute Noten für ihre Arbeit bekommen. Allerdings wird in wenigen Jahren ein neuer Anbieter die Strecke bedienen, alle Bahnfahrer hoffen, dass es bei dem derzeitigen Service-Level bleiben wird.

Der derzeitige Level bedeutet, dass der Fahrgast die Fahrkarte im Zug kaufen kann. Das ist für diese Tourismusregion unverzichtbar, der Urlauber braucht Beratung und Service! Dass er in dieser

Region aber vor einem Flickenteppich steht, weil der Gast im Staatsbad Bad Reichenhall mit Bayerisch Gmain nur "rund um den Kirchturm" seine Gästekarte nutzen kann, weil der Gast in der "Tourismusregion Berchtesgaden-Königssee" auch nur den Regionalbus rund um die paar Kirchtürme nutzen kann, und der Rest in der "Erlebnisregion Rupertiwinkel" wiederum um ein paar weitere Kirchtürme fahren kann. Dafür hat man jetzt nicht nur einen, sondern zwei Geschäftsführer bei der Berchtesgadener-Land-Tourismus-GmbH beschäftigt. Es soll ja was weitergehen!

Das ist zwar nur ein Randaspekt, der aber doch zeigt, wie man hier nur bis zum nächsten - möglicherweise auch übernächsten - Kirchturm denkt, aber nur wenn er im gleichen Tal liegt.

Zurück zur Bahn und den Problemen am Gleis und auf der Strecke. Den Startpunkt "Freilassing Bahnhof" hat man lange vernachlässigt. Freilassing ist der Umsteigebahnhof in unsere Tourismusregion, das Tor zum Berchtesgadener Land. Ist das dem Gast, den wir einladen wollen, zumutbar? Die Bahnsteighöhe ist zu niedrig, es gibt keinen Lift, keine Rolltreppen, noch nicht einmal ein Koffertransportband. Es gibt gar nichts um älteren oder behinderten Menschen den Umstieg zu erleichtern, oder überhaupt erst zu ermöglichen. Wobei für den Knotenpunkt Freilassing ein Planungsverfahren läuft. Aber, die Stadt Freilassing liegt im Norden des Bahnhofes. Der Zugang zu den Bahnanlagen erfolgt vom Süden. Ein verlängerter Bahnsteig-Tunnel bis zum Nordende des Bahnhofes ist nicht vorgesehen, es ist für die Bahn technisch nicht erforderlich und der Stadt Freilassing zu teuer. Das bedeutet, dass die Freilassinger Einwohner vom Norden über einen



Fußgängertunnel bis zum Südzugang zum Bahnhof müssen, dort wird ein einziger Lift sein, der dann für alle, Behinderte und sonstige bewegungseingeschränkte Personen den Zugang zum Bahnsteigtunnel ermöglicht. Diese jetzt vorliegende Planung ist unakzeptabel, da ungenügend. Dass es auch anders geht, zeigt der Bahnhof in Hammerau. Er glänzt mit mustergültigem Ausbau und Ausstatung. Barrierefreier Zugang, auch zum Gleis 2 und zum Wanderzentrum.





Der Ausbau in Piding ist noch nicht sehr überzeugend. Natürlich ist der Bahnsteig angehoben, um mit den modernen Zuggarnituren einen barrierefreien Zustieg zu ermöglichen. Aber das ganze Bahnhofsumfeld überzeugt noch nicht. Der Zugang zum Bahnsteig liegt abseits und ist für bewegungseingeschränkte Personen nur mühsam zu erreichen. Dort wünscht man sich noch Nachbesserungen und vor allem eine bessere und übersichtliche Beschilderung.

Die nächsten Haltestellen liegen im Staatsbad Bad Reichenhall und wurden erst nach Intervention des damaligen BMVI ganz kurzfristig auf einen

modernen Ausbaustand gebracht. Vom Verkehrsforum Berchtesgadener-Land gab es dazu frühzeitig auch Vorschläge für ein organisatorisches Gesamtkonzept des Bahnhofes, die leider nicht berücksichtigt wurden. Ob jetzt Station&Service von der DB-AG oder die Stadt Bad Reichenhall selbst das Projekt "ausgebremst" haben ist schwer zu beurteilen. Immer noch im Staatsbad Bad Reichenhall liegt die Haltestelle Bayerisch Gmain und gilt als Negativbeispiel. Den Fotos nach zu urteilen ist ein weitab gelegener Grenzbahnhof irgendwo kurz vor dem Ural vermutlich besser ausgebaut, als diese Haltestelle im Bayerischen Staatsbad. Der Bahnsteig war letztmalig vor 60 Jahren asphaltiert worden, seitdem ist nichts mehr geschehen. Seit 10 Jahren verkehrt die BLB mit modernem Zugmaterial auf der Strecke. Dadurch ergibt sich bei dem "Bahnsteig" - wenn man das so bezeichnen möchte- eine Einstiegshöhe von fast 50 cm. Mit Fahrrädern oder Koffer eine recht sportliche Angelegenheit. Eine Hilfe durch den Betreiber ist nicht möglich, bei einer Steilstrecke müssen immer zwei Personen auf dem Führerstand sein. Die Gemeindeverwaltung hat das jetzt ein Jahrzehnt immer wieder beanstandet. Einmal war auch eine Bahnsteigerhöhung angekündigt, die aber kurzfristig wieder abgesagt wurde. Auch der Bahnübergang Wappachweg wird von der Bahn selbst seit Jahrzehnten als erhebliche Gefahrenstelle bewertet. geschehen ist bisher nichts! Obwohl vom BMVI im Februar 2015 die sofortige Anordnung einer BÜSTRA (Bahnübergangsanlage Straße) angekündigt wurde, erfolgte diese erst im Herbst 2018, also dreieinhalb Jahre später. Vermutlich dauert die Planung und Ausführung jetzt 5+2 Jahre, so dass man 2026 schon mit der notwendigen Fahrzeitersparnis auf der Strecke rechnen kann. Diese Fahrzeitersparnis ist aber erforderlich um die weiteren Haltestellen auf der Strecke zu realisieren.



Fotos: Peter Renoth





Der ehemalige Bahnhof Hallturm fristet ein jämmerliches Dasein. Es ist bahnrechtlich ein Bahnhof. Nach vorliegenden Informationen ist die Bahn nicht bereit die Verkehrssicherungspflicht zu übernehmen, und sonst will das auch keiner. Also der Zug muss dort halten weil der Gegenzug über den Hallturm heraufkommt, aber es darf niemand zu- oder aussteigen. Es war in früheren Jahren ein beliebter Ausgangspunkt für Wanderungen, ist es vermutlich immer noch. Denn die Parkplätze rund um den Bahnhof Hallturm sind sehr oft von Kraftfahrzeugen randvoll belegt.

Bis zum Jahr 1982 gab es auch noch eine Haltestelle Gmundbrücke. Wenn man die Menge an Fußgängern Richtung Berchtesgaden sieht, weiß man wie wichtig diese Haltestelle war, dass sie wieder dringend erforderlich ist. Der riesige Parkplatz an der Kaserne zeigt ebenfalls die Dringlichkeit für diese Haltestelle. Ob die Fahrtzeiten allerdings noch eingehalten werden können, wenn auch Gmundbrücke -vielleicht als Bedarfshalt- wieder eingerichtet wird, ist noch zu ermitteln.

Der Bahnhof Berchtesgaden und was daraus noch entstehen könnte, wird ein einer späteren Betrachtung noch genauer untersucht werden. Hier muss nicht Schluss sein. Hier muss nicht abgebaut sondern ausgebaut werden. Gerade der Schüler und Urlauberverkehr kann mit einer guten Planung weiter vorangetrieben werden.

Unser Fazit: Wenn man bedenkt, was alleine auf dieser kleinen Strecke von Freilassing bis nach Berchtesgaden noch zu tun ist um das Angebot einigermaßen attraktiv zu machen, muss auch allen klar sein, dass das noch Jahrzehnte dauern wird. Wenn dann von der Bundesregierung erklärt wird, wie viel Geld man doch in den Bahnausbau stecken will, kann man sich vorstellen, dass diese Aufgabe Jahrzehnte dauern wird. Und ganz dringend müssen noch die organisatorischen Maßnahmen greifen, damit der Fahrgast auch zum Zug

Denn am Bahnhof wohnen die wenigsten Menschen. Am Bahnhof gibt es kaum Parkplätze. Wenn die Busunternehmen weiterhin eigenwirtschaftlich fahren müssen, wird es da keine Verbesserungen geben. Und da muss die öffentliche Hand eingreifen, damit ein für den Fahrgast akzeptables Ergebnis erreicht werden kann. Denn wenn der Fahrgast nicht am Bahnhof wohnt, dort nicht parken kann, bei den Busverbindungen am Bahnhof unnötig lange warten muss, wird das Angebot nicht genutzt werden.

Nur die Bahn ist in der Lage diese Menge an Fahrgästen zu transportieren.

Der Tagesgast im Individualverkehr strapaziert unsere Infrastruktur unnötig und wirkt für alle -Einheimische und Urlauber- störend. Aber wenn der Autofahrer in Piding von der BAB abfährt findet er keinen Umstieg auf die Bahn, wenn er versehentlich den Bahnhof in Bad Reichenhall findet, gibt es dort keinen Parkplatz. Aber er findet direkt im Talkessel, direkt an den USP Königssee, Obersalzberg, Hintersee Parkplätze für sein Kraftfahrzeug.

Die Verantwortlichen im Landkreis wollen offensichtlich gar keine Verkehrsberuhigung, sondern der Gast soll bis zur "Haustüre" und notfalls bis in die Eingangshalle mit seinem PKW fahren können. Dafür wird alles getan! Mit dem öffentlichen Verkehr ist es eben so viel schwerer kurzfristige Akzente zu setzen, die sich bis zur nächsten Wahl auch in Stimmen umsetzen lassen!

Alle Verkehrsgutachten die bisher erstellt wurden lesen sich schon recht plakativ. Wenn aber die politisch Verantwortlichen über Jahre und Jahrzehnte nicht die notwendigen Entscheidungen treffen, kann das nur eine recht teure Altpapiersammlung sein!

Peter Renoth

Über die Situation der Bahnhöfe Berchtesgaden und Bischofswiesen wird im nächsten Bundspecht berichtet.







Für die einen ist die Silvesterknallerei ein wunderbares Lichterspektakel, für viele Menschen, Tiere, aber auch die Umwelt ist diese dagegen ein erhebliches Problem. Wer denkt dabei schon an die völlig verstörten Haus- und Wildtiere, an den giftigen Müll und die für Tage hoch Feinstaub belastete Luft? Aus diesem Grund hat die Ortsgruppe des Bund Naturschutz Laufen einen Antrag auf ein Abbrennverbot von Feuerwerkskörpern in der historischen Altstadt aus Gründen des vorbeugenden Brandschutzes bei der Stadt Laufen gestellt. Der Antrag wurde am 1. Oktober vom Stadtrat einstimmig angenommen. Damit wird es erstmals in der Altstadt von Laufen keine Silvesterknallerei mehr geben. Gerade für die durch den Verkehr hoch feinstaubbelastete Altstadt von Laufen, ist dies ein wichtiger Schritt. Da aus rechtlichen Gründen derzeit keine weiteren Verbote möglich sind, muss an die Vernunft und das Verantwortungsbewusstsein jedes Einzelnen appelliert werden.



Es gibt viele gute Gründe das eigene Silvesterfeuerwerk einzuschränken oder sogar ganz darauf zu verzichten:

Weniger Feinstaub: Der Rauch der abgebrannten Feuerwerkskörper belastet die Luft nicht nur mit zahlreichen Chemikalien, sondern auch mit sehr gesundheitsschädlichem Feinstaub. Diese winzigen Staubpartikel enthalten giftige Schwermetalle, können zu Atemwegserkrankungen wie Asthma führen und sogar Krebs auslösen. Laut Angaben des Umweltbundesamtes werden jedes Jahr zu Silvester rund 4.000 Tonnen Feinstaub freigesetzt. Allein diese Menge entspricht in etwa 17 Prozent der jährlich im Straßenverkehr abgegebenen Feinstaubmenge. An Neujahr ist die Feinstaubkonzentration vielerorts über mehrere Stunden lang um mehr als das Hundertfache erhöht. (Deutsche Umwelthilfe: http://www.duh.de/)

Kein Höllenlärm für Mensch und Tier: Der durch die Explosionen verursachte Lärm stellt für Menschen und Tiere eine enorme Belastung dar. Da viele Tiere ein wesentlich empfindlicheres Gehör haben als Menschen sind sie besonders betroffen. Die Detonationen können ihren Orientierungssinn beeinträchtigen, verursachen Angst-, Panik- und sogar Schockzustände. Besonders Wildtiere erleiden durch den Lärm und die Lichtexplosionen hohen Stress, was mit einem gesteigerten Energieverbrauch verbunden ist. In der kalten Jahreszeit, wenn möglichst wenig Energie verbraucht werden sollte, führt dies zur Schwächung bis hin zum Tod.

Weniger Müll: Feuerwerkskörper verursachen in Deutschland jährlich zwischen 30 und 40 Tausend Tonnen Müll (Hüllen, Kunststoffteile, Verpackungen) sowie Schadstoffe zum Beispiel Strontium-, Kupfer- und Bariumverbindungen aus Schwarzpulver. Dieser Müll gelangt über Niederschläge in die Kanalisation und belastet Boden und Grundwasser oder muss durch Mitarbeiter der Kommunen beseitigt werden.

Weniger Verletzte und Brände: Jedes Jahr kommt es zu Unfällen und Bränden, sei es, weil zu viel Alkohol im Spiel ist oder dem unsachgemäßen oder leichtfertigen Umgang mit Feuerwerkskörpern. Vor allem Alte, Jugendliche und Kinder werden dann oft Verletzungsopfer. In historischen Altstädten mit engen Gassen und dicht stehenden Altbauten sowie auf Burgen und Schlössern ist die Gefahr von Bränden besonders hoch. Jedes Jahr entstehen so Schäden in zweistelliger Millionenhöhe.

Weniger ausbeuterische Produktion: Bereits die Herstellung der Feuerwerkskörper ist lebensgefährlich, zudem ausbeuterisch und verursacht viel Leid. Jedes Jahr sterben zahlreiche Menschen bei Explosionen in Feuerwerk-Fabriken in China, Indien oder Mexiko. In Indien, nach China der zweitgrößte Produzent von Feuerwerkskörpern, fertigen vor allem Frauen und Kinder in Heimarbeit die Feuerwerkskörper an und zwar ohne Sicherungsvorkehrungen. Der direkte ungeschützte Kontakt mit chemischen Substanzen wie Schwefel, Schwarz- und Aluminium-Pulver führt zu schweren gesundheitliche Folgen wie Asthma oder Tuberkulose. Zudem besteht ständig die Gefahr einer Explosion, für die der kleinste Funke reicht. Circa 70.000 Kinder arbeiten in Indien in der Feuerwerksindustrie. Zehn- bis Zwölfjährige schuften täglich bis zu 13 Stunden an sechs Tagen in der Woche. Sie verdienen nur einen Bruchteil von dem, was die erwachsenen Arbeiter bekommen, sind aber bei ihrer Arbeit extremen Gefahren ausgesetzt und nicht versichert. (https://utopia.de/feuerwerk-arbeitsbedingungen-china-indien-35189/)

Die Initiative der Ortsgruppe Laufen wird ausdrücklich zur Nachahmung empfohlen. Warum nicht das neue Jahr ohne Belastungen von Umwelt, Klima und Gesundheit an vielen Orten in Bayern beginnen? Alljährlich werden in Deutschland zu Silvester Raketen und Knaller im Gesamtwert bis zu 200 Millionen Euro gezündet. Diese riesige Summe könnte sinnvoller für soziale oder Naturschutzprojekte eingesetzt werden! Ein positives Beispiel zeigt die Gemeinde Ramsau im Berchtesgadener Land. Seit 2016 verzichten die BürgerInnen und Gäste freiwillig auf die Silvesterböllerei. Statt Geld in die Luft zu jagen, wird dort für einen wohltätigen Zweck gesammelt und gespendet.

Brigitte Sturm

Unterstützer der Initiative sind:

Tierschutzverein Freilassing, Tierschutzring Traunstein. Eine Weltladen Laufen, Katholische und evangelische Pfarrgemeinden Laufen, Stadt Laufen, Landesjagdverband Bayern, Landesbund für Vogelschutz (LBV) Kreisgruppe BGL, DAV Sektion Laufen



Zigarettenkippen in der Königsseer Straße

In Deutschland werden jährlich 106 Milliarden Zigaretten geraucht. Laut einer amerikanischen Studie landen davon 80% der Kippen auf dem Boden, das sind 160 Millionen Zigarettenkippen pro Tag. Also etwa eine Milliarde pro Woche, 52 Milliarden im Jahr. Auf den Boden, im Kanal, im Wasser. Nur sehr wenige Menschen denken sich etwas dabei, die Entsorgung von Kippen auf der Straße und in der Umwelt wird akzeptiert - in einem Maße, wie dies bei anderen Abfällen kaum denkbar wäre. In einer Zigarette sind über 7000 Schadstoffe enthalten wie Arsen, Blei, Chrom, Kupfer, Cadmium, Formaldehyd, Benzol und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe. Und natürlich Nikotin. Nikotin ist ein Nervengift. Aus den Filtern ausgewaschen landet alles letztendlich in Seen, in Flüssen, im Meer, mit nachweislich 50 Kanzerogene (krebserregende Substanzen).

Wie der Name schon sagt, hat der Filter einer Zigarette die Funktion, einen Teil der Giftstoffe herauszufiltern. Sobald eine einzige Kippe mit Wasser in Berührung kommt, löst sich das Nikotin in der Pfütze, im Kanal, im Regenwasser. Dadurch wird eine Menge von 1000 Litern mit Nikotin vergiftet. Diese Wirkung verwundert kaum, bedenkt man, dass Nikotin und abgewandelte Varianten in der Landwirtschaft als Insektizide angewandt werden und auf den gespritzten Äckern alle Insekten tötet.

Zum anderen bestehen die Filter nicht wie vielfach angenommen aus Papier, das schnell verrottet. Konventionelle Zigarettenfilter werden aus Zellulose-Acetat hergestellt, einem Kunststoff. Die Zerfaserung dieses Materials kann viele Jahre dauern. Und selbst dann neigt es dazu in kleinere Plastikteile zu zerfallen, bis hin zu Mikroplastik.

Es gibt in der Zwischenzeit Möglichkeiten Zigarettenkippen zu recyceln. Sie werden eingeschmolzen und getrennt. Es gibt auch Geldbußen, für die, die Kippen auf die Straße werfen – nur kennen Sie jemanden, der schon einmal bezahlen musste?

Rosemarie Will, Infos BUND





Weit über 100 Jahre nach dem Aussterben des Bartgeiers in Bayern, besteht wieder Hoffnung auf eine mögliche Rückkehr des Giganten der Lüfte nach Deutschland. Dies zeigt eine vom LBV in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie zur Wiederansiedelung von Bart- und Gänsegeiern in den bayerischen Alpen. Dazu analysierte der Biologe Toni Wegscheider ausschlaggebende Faktoren wie Gefährdung und Nahrungsverfügbarkeit und bewertete potentielle Wiederansiedelungsregionen. "Bayern ist Heimat für Geier. Die Studie zeigt, der Bartgeier hat hier gelebt, er kann hier leben und er soll das auch wieder tun. Und dabei eignen sich vor allem die Ostalpen für eine Wiederansiedelung", freut sich der LBV-Vorsitzende Dr. Norbert Schäffer. Das geeignetste Gebiet für eine mögliche Freilassung von jungen Bartgeiern ist laut Studie der Nationalpark Berchtesgaden. Der Gänsegeier hingegen kommt derzeit nicht für solche Maßnahmen in Betracht, da er höchstwahrscheinlich noch nie ein bayerischer Brutvogel war.

Der LBV möchte den Schutz der europäischen Geier aktiv unterstützen, da die Geierbestände in vielen Region der Welt – auch wegen gezielter Vergiftung – dramatisch abnehmen. "Neben der historischen Verbreitung beider Vogelarten in Bayern wurden in der Machbarkeitsstudie auch

LBV-Machbarkeitsstudie zeigt. dass eine Wiederansiedelung des Bartgeiers möglich ist. **Bestes Gebiet: Nationalpark Berchtesgaden**

Ursachen ihrer Ausrottung, sowie aktuelle Gefährdungen, das Nahrungspotential vor allem im bayerischen Alpenraum und mögliche Wiederansiedelungsregionen untersucht", so der Biologe Toni Wegscheider.

Als Grundlage dienten die von der IUCN (Weltnaturschutzunion) aufgestellten Richtlinien für Wiedereinbürgerungen von Tierarten. Bedrohungen für große Greifvögel bestehen in den untersuchten bayerischen Gebieten momentan nur in geringem Ausmaß. "Das größte Risiko geht von Bleivergiftungen aus, welche sich die Vögel durch Reste von mit Munitionsrückständen belastetem Jagdwild zuziehen und dann qualvoll verenden. Außerdem wird lokal in eng begrenzten Gebieten der Alpen die konkrete Gefahr des gezielten Abschusses von Großgreifvögeln vermutet", sagt



Wegscheider. Alle zukünftigen in Bayern freigelassenen Bartgeier dürfen deshalb nicht einzeln betrachtet, sondern im Zusammenhang mit der gesamten Population der Vögel in den Ostalpen gesehen werden. "Nur wenn wir beim Verzicht auf bleihaltige Munition grenzübergreifend alle Jäger und beteiligten Behörden einbinden und einen Informationsaustausch erreichen, hat der Bartgeier in Bayern auch eine echte Chance", erklärt Norbert Schäffer.

Eine Analyse aller bayerischen Gebirgsregionen hat ergeben, dass sich der Nationalpark Berchtesgaden für eine mögliche Wiederansiedlung des Bartgeiers am besten eignet. In anderen potentiellen Regionen wie dem Allgäu, den Ammergauer Alpen oder dem Karwendel und Werdenfelser Land fehlen die notwendigen Ressourcen geeigneter Großschutzgebietsorganisationen. "Wir freuen uns, dass der Nationalpark Berchtesgaden den geeigneten Naturraum für eine so besondere Tierart wie den Bartgeier bietet. Gemeinsam mit dem LBV wollen wir nun die nächsten Schritte prüfen. Die Bejagung mit bleihaltiger Munition haben wir seit 2014 eingestellt. Hier gehen wir gerne als gutes Vorbild voran", so Dr. Roland Baier, Leiter der Nationalparkverwaltung Berchtesgaden.

Die Studie, die vom Bayerischen Naturschutzfonds gefördert wurde, kommt außerdem zum
Schluss, dass es derzeit genügend Nahrung für
den Bartgeier in den Ostalpen gibt. Die aktuellen
Bestände von Schalenwild wie Gämsen bieten den
Vögeln ein fast flächendeckendes Angebot an Fallwild. "Auch die sommerlichen Weidetiere in der
Almregion stellen grundsätzlich eine reichhaltige
potentielle Nahrungsquelle dar. Diese Möglichkeit
wird allerdings durch die aktuell praktizierte fast
vollständige Entsorgung des überwiegenden Teils
anfallender Nutztierkadaver stark reduziert", sagt
Wegscheider.

Eine mögliche Freilassung von zwei besenderten Jungvögeln aus einem internationalen Zuchtprogramm, scheint derzeit frühestens in zwei Jahren durchführbar, je nach Verlauf eines möglichen Wiederansiedlungsprojekts. Diese Freilassungen würden dann in enger Kooperation mit der Vulture Conservation Foundation (VCF) geplant, bis sich eine selbst reproduzierende Bartgeier-Population in einem Teil der Ostalpen etablieren könnte. Dies erscheint nach der Studie von Toni Wegscheider langfristig möglich.

Sowohl Bart- als auch Gänsegeier werden aktuell unregelmäßig im bayrischen Alpenraum gesichtet.

In der Datenbank des Internationalen Bartgeiermonitorings liegen derzeit (Stand 04.01.2019) 155 Datensätze für Bartgeiersichtungen in Deutschland vor:

- 97 aus dem Allgäu (63%)
- 25 aus Berchtesgaden (16 %)
- 13 aus dem Werdenfelder Land (8 %)
- 20 aus Gebieten außerhalb der Alpen (13%) Bedrohungen für große Greifvögel bestehen in den untersuchten bayerischen Gebieten momentan nur in geringem Ausmaß in Form von Strukturen mit Kollisionsgefahr wie etwa Seilbahnkabeln und Windkraftanlagen. Direkte Verfolgung und ähnliche Gefährdungen sind zu vernachlässigen. Jedoch besteht das erhebliche Risiko von Bleivergiftungen über kontaminierte Teile von Jagdwild. Außerdem wird lokal in eng begrenzten österreichischen Gebieten die konkrete Gefahr des gezielten Abschusses von Großgreifvögeln vermutet.

Aktuelle Online-Umfrage:

In einer kürzlich veröffentlichen Online-Umfrage des LBV zur Einstellung der Bayern gegenüber Geiern antwortete mit über 90 Prozent eine überwältigende Mehrheit der Befragten positiv. Das ursprünglich negative Image der Geier, das zu einer massiven Verfolgung und schließlich auch zur nationalen Ausrottung des umgangssprachlich auch "Lämmergeier" genannten Greifvogels führte, hat sich demnach gewandelt.

Knapp drei Viertel der Befragten gaben an, dass sie zum Urlaub gezielt in Bergregionen fahren würden, wo Geier wiederangesiedelt oder freigelassen werden würden. Fast 80 Prozent der Umfrageteilnehmer begrüßen es, wenn sich nicht nur eine natürliche Einwanderung von Geiern in Bayern durch sich ausbreitende Brutbestände ergäbe. Sie befürworten grundsätzlich auch eine gezielte Freilassung von Geiern im Freistaat.

Weitere Informationen und Statistiken finden Sie auf der homepage: www.Berchtesgadener-land.Bund-Naturschutz.de







Es wurde viel gesprochen über uns über uns Jugendliche: Dass wir zu viel vor unseren Handys säßen, dass wir unpolitisch wären. Jetzt, wo wir seit vielen Monaten auf der ganzen Welt, in den Hauptstädten aber auch in Dörfern wie Berchtesgaden, für unsere Zukunft auf die Straße gehen, wird wieder viel über uns gesprochen. Unpolitisch seien wir nicht mehr - Ahnung hätten wir trotzdem nicht. Unsere deutschlandweiten Forderungen werden als unrealistisch und zu radikal kritisiert, wenn sie nicht gerade belächelt werden. Mittlerweile stehen rund 27.000 Wissenschaftler*innen alleine aus Deutschland, Österreich und der Schweiz als Scientists for future hinter der Bewegung Fridays for future. Trotz der Expertise der Wissenschaft, dass die Erderwärmung viel schneller voranschreite als gedacht, entscheidet sich die GroKo mit dem Klimaschutzpaket gegen effizienten Klimaschutz. Während zeitgleich am 20. September rund 1,4 Millionen Menschen aller Generationen unter dem Motto "#AlleFürsKlima" auf die Straße gingen, präsentierte das Klimaka-

...auch in Berchtesgaden

Grabstein für den **Blaueisgletscher**

binett einen Haufen unwirksamer Einzelmaßnahmen, die nicht im Entferntesten den Ansprüchen eines intakten Planeten gerecht werden. Es war zu erwarten, dass der Inhalt des Klimapakets die Aktvisten*innen von Fridays for future nicht zufriedenstellen würde. Aus diesem Grund fand nach dem globalen Klimastreik am Freitag, den 20. September, die Week4Climate auf bundesweiter Ebene statt. Jeder Tag der Woche stand unter einem anderen Motto, das jeweils den Kli-





mawandel aufgriff. Da der Blaueisgletscher im Nationalpark Berchtesgaden einer der letzten verbleibenden Gletscher in Deutschland ist, stand der Montag der Week4Climate unter dem Thema Icelandscapes. Für uns als kleine Ortsgruppe war das eine große Herausforderung. Wir waren uns anfangs nicht sicher, ob wir das packen: Leute mobilisieren, Genehmigungen einholen, Gespräche mit Landratsamt und Polizei und vieles mehr. Doch wir haben uns dieser Aufgabe gestellt und wollten zeigen, dass man auch in einem so kleinen Ort wie Berchtesgaden einen Beitrag leisten kann. Zuvor gab es in Berchtesgaden lediglich zwei friedliche Demos an Freitagen, die mit weniger Teilnehmern stattfanden als erhofft.

Unser Ziel für den 23. September war es, so viele Demonstranten*innen wie nie zuvor zusammenzu trommeln. Also kontaktierten wir jede noch so kleine Ortsgruppe in ganz Bayern und größere Ortsgruppen in ganz Deutschland, um Menschen zu mobilisieren. In wochenlanger Planung haben

wir, das Organisationsteam, mit Hilfe von Fridays for future Deutschland eine Pressewanderung zum Königssee, eine Fokusdemo durch das Zentrum von Berchtesgaden mit prominenten Sprechern als auch interaktive Workshops im Schülerforschungszentrum geplant. Nach unzähligen Telefonkonferenzen, Treffen, Whats App Nachrichten und Komplikationen war es dann an einem regnerischen Montag endlich soweit – unser Tag der Week4Climate war da. Einige von uns sind zum Königssee gewandert und haben symbolisch einen Grabstein des Blaueisgletschers begraben, um das Abschmelzen der Gletscher darzustellen. Das Ganze wurde von einem Filmteam begleitet. die das Material in eine YouTube Dokumentation eingebracht haben. Um 13.00 Uhr begann der Demozug am Triftplatz und wir machten uns auf der extra gesperrten Hauptstraße auf in Richtung Zentrum. Während der Demo riefen wir verschiedene Sprechchöre wie "Kohlekonzerne baggern in der Ferne – zerstören unsere Umwelt – nur für einen Batzen Geld" oder "Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut". Bei der Kundgebung waren sowohl jugendliche Redner*innen anwesend als auch Prominente wie der Bergsteiger Thomas Huber und die Vorsitzende der Kreisgruppe Berchtesgadener Land des Bund Naturschutzes Rita Poser, die über ihre Erfahrungen sprachen. Die geplanten Workshops konnten wir leider nicht durchführen, da uns die Räumlichkeiten kurzfristig – das heißt, eine halbe Stunde vor Demobeginn – abgesagt wurden. Die Stimmung auf der Demo war, trotz des Regenwetters, wie bereits erwartet, ausgelassen. Wir haben uns gefreut, bei der Demo circa 70 Demonstranten*innen zählen zu dürfen, unter denen sich auch ein paar der älteren Generation befanden.

Mit der Demo haben wir erreicht, was uns wichtig ist – auch in einem kleinen Ort wie Berchtesgaden auf den Klimawandel und seine Folgen aufmerksam zu machen und zu zeigen, dass Jede*r sich für besseren Klimaschutz einsetzen kann.

Tabea Prechtl

Der aus der Ramsau stammende, weltweit anerkannte Klimaforscher Prof. Dr. Hartmut Graßl führte im Juli 2008 auf den Blaueisgletscher, den er noch aus seiner Zeit als Hütejunge von vor mehr als 50 Jahren kannte; leider verhallte sein Aufruf für Klimaschutz und den Erhalt der wunderschönen Landschaft.











Steinzeitfunde am Königssee

Das Seefeldlehen nahe dem Königssee, 1572 mit Ausstellung des Erbrechtsbriefes urkundlich erwähnt, ist dort einer der ältesten Bauernhöfe, zu dem ursprünglich fast das ganze Gelände an der Königsseelände und das anschließende Waldgebiet gehörten. Lange Zeit Bauernhof, dienten die Gebäude danach bis vor wenigen Jahren als Forsthaus, gehörten zum Königlich Bayerischen Salinenareal und danach der bayerischen Schlösser- und Seenverwaltung, bevor sie privat erworben wurden.

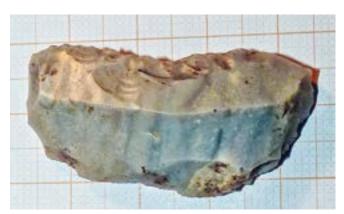
Interessante Zeugnisse aus der bewegten Geschichte fanden sich in einem Abfallhaufen. den die neuen Besitzer durchsucht haben. Zur großen Überraschung der Ausgräber tauchten unter dem meterdicken Hausabfall rote Felsen von löcherig verkarstetem Unterjura- (Adneter-) Kalk auf. In mehreren Spalten dieses Kalkes fanden sich hineingesteckt zahlreiche bearbeitete, kleine Feuerstein-Werkzeuge, außerdem in einem Verkarstungsloch eine dünne, abgebrochene lanzettförmige? Pfeilspitze aus grüngrauem Feuerstein. Die Feuersteine sind meist länglich (2,5 - 4,5 cm), haben eine glatte Unterseite, sind im Querschnitt flach dreieckig und haben auf der Oberseite oft eine scharfe Längskante - sie sind eindeutig vom Menschen bearbeitet. Sie zeigen mit hell- und dunkelgrauer, auch gelblicher Farbe, speckigem Glanz und einer diffusdichten Mikrostruktur mit weißen Höfen eine gewisse Ähnlichkeit mit dem ortsfremden Lessiner Feuerstein aus Oberitalien; nur die ?Pfeilspitze besteht aus einem heimischen (Unter-Jura-) Schwammnadel-Feuerstein. Die grauen Feuerstein-Werkzeuge ähneln farblich stark einem grauen Kernstein vom Vogelthenn/-Kälberstein (Finder A. ESSLER, 1991 in IRLINGER).

Die Feuersteinwerkzeuge vom Seefeldlehen zeigen häufig einen gezackten Rand, wie er beim senkrechten Aufschlagen auf eine Fläche entsteht. Dies macht die Deutung der Feuersteinwerkzeuge besonders schwierig und spannend: So könnten nach freundlicher Mitteilung von Dr. LATER (LA für Denkmalpflege) die Feuersteine als Flintsteine von Steinschloßgewehren/-pistolen gedient haben, wobei er nicht auszuschließen möchte, daß im Einzelfall eine neolithische Klinge oder ein Feuersteinwerkzeug aufgelesen











und zweitverwendet wurde. Allerdings zeigt ein praktischer Vergleich mit einem Flintstein (=Feuerstein) in einem Steinschloßgewehr (freundliche Vermittlung durch Frau Reinbold, Heimatmuseum Adels-heim), daß die Länge der Feuersteinklingen die Breite von Flintsteinen in Steinschloßgewehren weit überschreitet, sie müßten also immer 1-2 cm rechts oder links übergestanden haben. Eine gerade Kante wie bei einem Steinschloßflint ist nur bei ganz wenigen Bruchstücken angedeutet, die auch von der Größe in ein Steinschloß passen könnten.

Denkbar wäre aber auch, dass die Feuersteine als ursprünglich ferngehandelt, mit jungsteinzeitlichen Jägern an den Königssee kamen, dort als Schaber oder Klingen zum Schneiden, und in der Endphase vielleicht sogar zur Funkenerzeugung beim Feuermachen benutzt wurden - was die eckigen und oft gezackten Kanten erklären könnte. Die bewußte Deponierung in Felsspalten weist darauf hin, dass die Feuersteine für ihren Besitzer von Wert waren.

Die meisten der 29 gefundenen Feuersteinwerkzeuge vom Seefeldlehen ähneln in der Form stark den jungsteinzeitlichen Feuerstein-Werkzeugen (W. IRLINGER 1991: Geschichte von Berchtesgaden) aus dem Berchtesgadener Tal oder aus der österreichischen Jungsteinzeit (W.PITTIONI 1954: Urgeschichte des österreichischen Raumes), welche in der Regel kaum bis nicht retuschiert sind, und oft ähnliche, unregelmäßig zackige Kanten aufweisen.

Deshalb sehen wir in den gefundenen Feuersteinen vom Seefeldlehen den Beleg für eine jungsteinzeitliche Jagdstation am Königssee; dies würde gut zu den Funden von Feuerstein-Werkzeugen in Berchtesgaden sowie von mehreren Steinbeilen (IRLINGER 1991), im Berchtesgadener Talkessel passen, welche die Anwesenheit von jungsteinzeitlichen Jägern belegen. Die gut retuschierten Feuerstein-Pfeilspitzen und Lanzenspitzen vom Vogelthenn/Kälberstein (Finder: A. ESSLER) und von der Ganghoferstraße stellt IR-LINGER dagegen in die frühe Bronzezeit.

In Bayern werden mit dem Endneolithikum (ca. 4.500 - 4.000 vor heute) auch das Alpenvorland und in geringem Maß das Gebirge in den Lebensbereich der prähistorischen Bevölkerung einbezogen (IRLINGER); in gut zugänglichen Tälern in Österreich erfolgte dies schon im Mesolithikum (Funde am Kniepaß/Saalachtal durch ADLER). Nach IRLINGER macht leider das Fehlen cha-

rakteristischer neolithischer Keramik es vorerst unmöglich, die Steingeräte des Berchtesgadener Talkessels einer der zahlreichen jungsteinzeitlichen Kulturgruppen zuzuweisen. Dies trifft auch auf die Feuerstein-Funde vom Seefeldlehen zu. So fanden sich im Abfallhaufen des Seefeldlehens bisher nur zahlreiche historische Keramikfunde, neben wenigen historischen Knöpfen, Schmuckresten und Glasperlen. Die Keramik könnte nach Auskunft von Dr. LATER möglicherweise bis ins 15./16., wenn nicht sogar bis ins 14. Jahrhundert zurückreichen. Für den Zeitraum ab dem 16. Jh. fand sich eine lückenlose Fundreihe bis ins frühe 20. Jh., wobei Scherben aus dem 18./20. Jh. den größten Anteil haben. 2 Henkelscherben von Keramiktöpfen tragen Stempel noch unbekannter Hersteller.

Typische Ofenkachel-Fragmente legen eine Beheizung wenigstens des Haupthauses ab dem 16. Jh. nahe. Neben den Keramikscherben fiel ein 7x6cm großes Stück von schwarzem Obsidianglas auf, welches wahrscheinlich als Handelsware aus Böhmen oder Norditalien kam.

Im Abfallhaufen des Seefeldlehens wurden außerdem bei den Grabungen zahlreiche Tierknochen von Gams, Reh und Hirsch ausgegraben, was Hinweise auf die Fleischwirtschaft besonders während der Nutzung als Forsthaus gibt.

Das Fundinventar dieses alten Bauernhauses zeigt, dass es sich lohnt, solchen Funden auf eigenem Grund Aufmerksamkeit zu schenken. Man erfährt so Interessantes über die Heimatgeschichte. Beispielsweise wurde an der Schwöbbrücke vor ein paar Jahren bei Straßenbauarbeiten ein Einbaum angegraben, der die Befahrung des in fürstpröbstlichem Besitz befindlichen, sog. Schwöbsees belegt, welcher schon auf den Karten von APIAN 1568 und von Faistenauer 1628 dargestellt ist, und der wahrscheinlich bis Unterstein befahrbar war, worauf heute noch der Name Zillnhäusl (Zille = Boot) hinweist. Ein weiterer, bisher nicht geborgener Einbaum soll am Grund des Obersees liegen.

Mit der Meldung solcher Funde bei den zuständigen Behörden bleiben sie der breiten Öffentlichkeit als Dokumentation für alte Lebensweisen der Heimat erhalten.

- Veronika Zechmeister
 Gitta Diersche
- Architekt Josef März
- Dr. Volker Diersche

Bund Naturschutz e.V. KG BGL Poststr. 23 83435 Bad Reichenhall



Wenn Sie unsere Arbeit oder bestimmt Aktionen wie juristische Prüfungen, einen Grundstückskauf und dessen künftigen Unterhalt mit einer Spende unterstützen möchten, freuen wir uns sehr. Bitte Teilen Sie uns in diesem Fall auf der Spende einen entsprechenden Vermerk für die Zweckgebundenheit mit.

Genauso freuen wir uns über Helfer bei verschiedenen praktischen Arbeiten. Bitte rufen Sie in unserer Kreisgeschäftsstelle für weitere Infos an.



Spendenkonto der Kreisgruppe:

Raiffeisenvolksbank Oberbayern Südost eG IBAN: DE39 7109 0000 0001 0885 48

BIC: GENODEF1BGL



Demonstration Villa Schön, Berchtesgaden am 9. März 2019, Paul Grafwallner und Rita Poser

So erreichen Sie uns telefonisch:

08651/7620892

berchtesgadener-land.bund-naturschutz.de

Und persönlich:

Dienstag von 10.00 bis 13.00 Uhr oder nach Vereinbarung

Poststraße 23 in Bad Reichenhall